



BIO AUSTRIA fordert öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen

# Perspektiven für die EU-Agrarpolitik

Die Agrarpolitik ist in der EU weitgehend vergemeinschaftet. Nun hat die EU-Kommission mit einer Konsultation der Öffentlichkeit die Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eröffnet, deren Ausgestaltung über 2020 hinaus völlig offen ist. Im Juli wurden im Rahmen einer Konferenz die Ergebnisse der Auswertung von 323.000 Eingaben vorgestellt. Demnach gibt es einen Konsens, dass die GAP ihre Ziele, insbesondere die Umwelt-Ziele, nicht ausreichend erfüllt und eine Modernisierung – im Speziellen im Hinblick auf Nachhaltigkeit – benötigt wird. Die große Herausforderung dabei sei es, ökonomische und ökologische Ziele zu adressieren.



Foto: Stephanie Gölser

BIO AUSTRIA sieht in Honorierung von Umwelleistung Win-Win-Situation für Bäuerinnen und Bauern, Gesellschaft und Umwelt.

## FEHLENDE ZIELORIENTIERUNG

Dass die GAP ihre selbst gesetzten Ziele nicht erreicht, liegt wohl an der inkonsistenten und ineffektiven Ausrichtung: Ein Großteil der Mittel wird nach wie vor ohne relevante Bindung an Nachhaltigkeitskriterien vergeben. Die zielgerichteten Agrar-Umwelt-Maßnahmen machen mit acht Prozent einen sehr kleinen Teil der gesamten EU-Mittel aus und es dürfen keine Anreize für Umwelleistungen gegeben, sondern nur Mehraufwände und Mindererträge abgegolten werden. Folglich erfüllt die Landwirtschaft auch die Erwartungen der Bürger als Steuerzahler unzureichend. Österreich ist hier im EU-Vergleich insofern untypisch, als die Zahlungen im Agrar-Umwelt-

bereich einen überdurchschnittlich hohen Anteil ausmachen. Doch auch in Österreich sind diese Mittel rückläufig: In der aktuellen Periode 2014–2020 werden zirka 650 Millionen weniger für Agrar-Umwelt-Maßnahmen geplant als in der letzten Periode ausbezahlt wurden.

## NEUAUSRICHTUNG DER GAP

BIO AUSTRIA tritt für eine grundlegende Reform der GAP ein: Die GAP soll Schritt für Schritt in ein Honorierungssystem für die Produktion von Leistungen für die Gesellschaft umgebaut werden. Damit wird eine Win-Win-Situation für Bäuerinnen und Bauern, Gesellschaft und Umwelt hergestellt. Denn sauberes Wasser, Artenvielfalt und Klimaschutz sind wichtige gesellschaftliche Anliegen und durch eine Honorierung der Produktion dieser Güter wird ökologisches Wirtschaften auch ökonomisch attraktiver. Auf diese Weise würde die GAP der Landwirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zukunftsfähige Perspektiven eröffnen.



**Gertraud Grabmann, Obfrau von BIO AUSTRIA:**

„Eine zukunftsfähige GAP honoriert Leistungen für die Gesellschaft.“

## EDITORIAL

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

BIO AUSTRIA hat klare Reformvorschläge für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU (→ Seite 1). Die Ergebnisse der üblichen Konsultation zur GAP bestätigen ebenfalls dringenden Handlungsbedarf, um eine gleichermaßen ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten. BIO.POLITIK befragte dazu auch Prof. Dr. Harald Grethe, Professor für Internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Das Interview und eine Darstellung der Ergebnisse der Konsultation finden Sie auf Seite 3.

Auch in der Bio-Gemeinschaftsverpflegung werden neue Weichen gestellt. Auf Seite 2 lesen Sie über europäische Vorreiter-Städte, ihre Erfolgsrezepte und die Situation in Österreich.

Aktuelle Zahlen zeigen zudem sehr positive Entwicklungen: Der Bio-Markt wächst, die biologisch bewirtschaftete Fläche nimmt zu. Dies stellt die Bio-Branche aber auch vor neue Herausforderungen, denen sich die biologischen Grunderverbande im Strategieprozess „Mit Bio die Landwirtschaft der Zukunft gestalten“ widmen. Details dazu finden Sie auf Seite 4.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr BIO AUSTRIA-Team

## ÖSTERREICH Nitrat im Trinkwasser

Laut Nitratbericht 2016 ist die Nitratbelastung bei etwa zehn Prozent der Grundwasser-Messstellen in Österreich weiterhin zu hoch. Neben den Maßnahmen des Aktionsprogramms Nitrat, werden auf präventive Maßnahmen, wie eine reduzierte Düngung, einen reduzierten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und auf den Schutz vor Erosion, wie etwa in der biologischen Wirtschaftsweise, verwiesen.

## EUROPA Bio als Klima-Chance

Bis zu 32 Prozent der durch Landwirtschaft verursachten Treibhausgasemissionen könnten eingespart werden, wenn die Hälfte aller landwirtschaftlichen Nutzflächen in der EU biologisch bewirtschaftet würden. Das zeigt eine gemeinsame Studie der IFOAM EU und des FiBL, die damit auch auf die Notwendigkeit einer nachhaltig orientierten (gemeinsamen) Klima- und Agrarpolitik hinweist.

## GLOBAL UN-Report mahnt: Zu wenig Schutz vor Pestiziden

Der neue UN-Report kritisiert, dass die Verwendung von Pestiziden mit dem Argument der Ernährungssicherheit legitimiert wird, das Recht auf Gesundheit jedoch auf der Strecke bleibt. Nationale und internationale Regelungen bieten nur mangelnden Schutz für Mensch und Umwelt, notwendig seien eine ökologischere Ausrichtung der Landwirtschaft sowie ein Pestizidreduktionsplan, um die Rechte auf Nahrung und Gesundheit sicherzustellen.

**Alle Studien zum Download unter:  
[www.bio-austria.at/bio-politik](http://www.bio-austria.at/bio-politik)**

### Impressum:

P.b.b. Verlagspostamt 1050 Wien. Österreichische Post AG/Sponsoring, Post GZ 09Z0383265, DVRNR 0749923. Medieninhaber und Herausgeber: BIO AUSTRIA, Auf der Gugl 3/3.0G, 4020 Linz, [www.bio-austria.at](http://www.bio-austria.at), Redaktionsschluss: September 2017. Redaktion: Friederike Klein, Thomas Fertl, Katharina Gössinger. Grafik: A BISS Z. Druck: Robitschek, 1050 Wien. Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“ nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens.  UW 698  
Abo-Verwaltung: [bio.politik@bio-austria.at](mailto:bio.politik@bio-austria.at)

## Europäische Städte legen Messlatte hoch

# (Bio-)Erfolgsrezepte für die Verpflegung



© BIO AUSTRIA/David Faber

Die öffentliche Beschaffung hat große gesellschaftliche Bedeutung, immerhin geht man alleine in Österreich von einem jährlichen Gesamtvolumen von rund 40 Milliarden Euro aus. Einen nicht unwesentlichen Teil davon macht die Versorgung mit Lebensmitteln aus. Pro Tag werden in Österreich etwa 1,8 Millionen Essen in der Gemeinschaftsverpflegung ausgegeben. Der Anteil von Bio-Lebensmitteln in öffentlichen Gemeinschaftsverpflegungs-Einrichtungen beträgt durchschnittlich etwa 30 Prozent, für die Kinderverpflegung ist dieser häufig überdurchschnittlich.

### BIO-EINSATZ IM VERGLEICH

Gehörten österreichische Städte vor einigen Jahren noch zu den Vorreitern der öffentlichen Bio-Beschaffung, geben nun laut der Studie „Green public procurement“ der Bio Forschung Austria andere europäische Städte die Richtung vor. Die Bio-Quote in Kopenhagen beträgt etwa 90 Prozent in allen öffentlichen Einrichtungen. In Göteborg liegt sie generell bei 40 Prozent und für Fleisch sogar bei 100 Prozent. In einigen Städten ist die Bio-Quote auch speziell für die Zielgruppe der Kinder mit 50 bis 100 Prozent höher angesetzt.

### VERNETZUNG AUF ALLEN EBENEN

In Deutschland ist zudem ein Netzwerk der „Bio-Städte“ entstanden, das ein

Projekt namens „Mehr Bio in Kommunen“ ins Leben gerufen hat. Ein ausführlicher Leitfaden bietet Strategien und Konzepte zur erfolgreichen Einführung von Bio-Lebensmitteln im Verpflegungsbereich. Ziel ist es nicht nur den Bio-Anteil in öffentlichen Einrichtungen zu steigern, sondern auch Konsumentinnen und Konsumenten, sowie Unternehmen für das Thema Bio zu begeistern. Die Bio-Landwirtschaft und -Branche sollen gestärkt werden, die staatliche Förder- und Maßnahmenpolitik vermehrt auf den Bio-Bereich fokussiert sowie mit der kommunalen Politik vernetzt werden.

### SCHULUNG IST SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

In Dänemark wurden über das Landwirtschaftsprogramm auch für die nationale Ebene ambitionierte Ziele gesetzt. Bis zum Jahr 2020 soll der Bio-Anteil in öffentlichen Küchen auf 60 Prozent ansteigen. Durch gezielte öffentliche Investitionen, vor allem in Schulungsmaßnahmen, konnte der Einkauf von Bio-Produkten innerhalb von fünf Jahren bereits mehr als verdreifacht werden. Die Maßnahmen reichen von der Reduktion der Lebensmittelabfälle bis zu geringfügig reduzierten Fleischportionen und einem höheren Anteil von saisonalem Gemüse und frischen Zutaten – mit positiven Effekten für Gesundheit und Budget.

### SITUATION IN ÖSTERREICH

In der Vergangenheit wurden in Österreich große Schritte in der Gemeinschaftsverpflegung gesetzt, nun gilt es aufzuholen. Erfreulicherweise wurde 2016 das Bestbieterprinzip für Ausschreibungen eingeführt, das Bio auch bei höheren Preisen den Vorzug ermöglichen würde. In der Praxis scheitert dies aber häufig an den zu geringen Dotierungen. Es liegt an der Politik und den öffentlichen Institutionen verstärkt ihre gesundheits- und umweltpolitische Verantwortung wahrzunehmen, welche sie durch die Verpflegung großer Bevölkerungsanteile, wie Kindern, Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren, haben.

Öffentliche Konsultation zur GAP zeigt notwendigen Reformbedarf

# GAP muss Ökonomie und Ökologie gleichermaßen adressieren

Im Rahmen der im Frühjahr 2017 durchgeführten öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zur zukünftigen Ausrichtung der GAP wurden insgesamt 322.912 Antworten eingebracht, darunter 7.129 aus Österreich. Basis für die Auswertung bildeten nach Abzug von – insbesondere im Rahmen von öffentlichen Kampagnen entstandenen – Duplikaten, 58.520 Beiträge EU-weit. Teil der Auswertung sind insgesamt 3.962 Beiträge aus Österreich, davon rund 65 Prozent von Bäuerinnen und Bauern. Als wichtigste Herausforderungen für die EU-Landwirtschaft und den länd-

lichen Raum wurden genannt: „Angemessener Lebensstandard für die Landwirte“ (27 %), gefolgt von „Belastung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen“ (23 %) sowie „Klimawandel“ (18 %). Lediglich zwei Prozent sind der Ansicht, dass die derzeitige GAP diese Herausforderungen „in hohem Maße“ adressiert, zwei Drittel sehen dies „nur teilweise“ erfüllt und 22 Prozent sind der Meinung, dass die GAP diese Probleme „gar nicht“ in Angriff nimmt. Was die ökologischen Herausforderungen anbelangt, gaben knapp die Hälfte der Teilnehmer an, dass die

derzeitige GAP diese nicht erfolgreich bewältigt.

Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen einer von der Kommission initiierten Konferenz folgende Schlussfolgerungen präsentiert: Es gibt einen Konsens, dass die GAP modernisiert werden muss, weil insbesondere die Umweltziele nicht erreicht werden. Zweitens sind Vereinfachungen notwendig. Und drittens muss die Spannung zwischen Ökologie und Ökonomie aufgelöst werden, indem Umwelt- und Wirtschaftsziele gleichzeitig verfolgt werden.

INTERVIEW

## GAP Reform? Ja und zwar dringend!

**Prof. Dr. Harald Grethe hat als Agrarökonom und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates des deutschen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft im Spiegel-Artikel „Raus aus der Kampfzone“ (2/2016) erörtert, wie die Politik existierende agrarpolitische Probleme endlich lösen könnte. Mit BIO.POLITIK hat er über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gesprochen.**

**Braucht es aus Ihrer Sicht eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik? Ja, und zwar dringend. Es ist gesellschaftlich überhaupt nicht vermittelbar und fachlich unsinnig, dass ein Großteil des EU-Agrarhaushalts, nämlich jährlich 43 Milliarden Euro, für pauschale Flächenprämien eingesetzt wird, statt diese Mittel für die Entlohnung von Leistungen der Landwirtschaft zu verwenden, die von der Gesellschaft gewollt sind, aber über den Markt kaum entlohnt werden.**

**Wie müssten die Eckpunkte einer neuen GAP aussehen?**

Wichtig ist vor allem eine stärkere Orientierung an den Zielen Tier- und Umweltschutz. Die Ziele könnte man durch eine Verlagerung von Mitteln aus der ersten Säule der Agrarpolitik, also den Direktzahlungen, in die zweite Säule erreichen, in der die Mittel zielorientierter verwendet werden können. Wenn dies nicht gelingt, sollten die Direktzahlungen zumindest ebenfalls national kofinanziert werden. Das würde für viele Mitgliedstaaten den Anreiz

verringern, an den Direktzahlungen festzuhalten.

Denn wir stehen vor einer großen Herausforderung: Wir wollen in international stark integrierten Märkten, in denen wir im Preiswettbewerb mit ausländischer Ware stehen, deutlich mehr von der Landwirtschaft, als nur preisgünstige Produkte. Die Erfüllung unserer hohen Ansprüche in den Bereichen Tier- und Umweltschutz muss also auch auf anderen Wegen – als nur über den Markt entlohnt – werden. Deshalb sollte das zentrale Prinzip für die Ausrichtung der GAP „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ sein.

**Wie könnte das Prinzip „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ in der Praxis umgesetzt werden?**

Viel wäre schon gewonnen, wenn die nationalen Spielräume für eine zielorientiertere Verwendung von Mitteln der GAP erhöht würden, beispielsweise durch:

1. eine Erhöhung des Budgetanteils, der aus den Direktzahlungen in die zweite Säule verlagert werden kann,



© Prof. Dr. Harald Grethe

Prof. Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität

2. die Schaffung einer Möglichkeit für diejenigen Mitgliedstaaten, deren ordnungsrechtliche Tierschutzstandards weit oberhalb des EU-Durchschnitts liegen, einen Teil der hierdurch entstehenden Kosten durch staatliche Zahlungen zu kompensieren,
3. die Möglichkeit, die für das Greening vorgesehenen Mitteln zielkonformer und stärker an den regionsspezifischen Leistungen der Landwirtschaft orientiert auszusahlen, z.B. wie in dem Gemeinwohlprämienystem des Deutschen Verbands für Landschaftspflege angelegt.

Prof. Dr. Harald Grethe ist Professor für Internationalen Agrarhandel und Entwicklung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Analyse der EU-Agrarpolitik. Er leitet den wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz des deutschen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

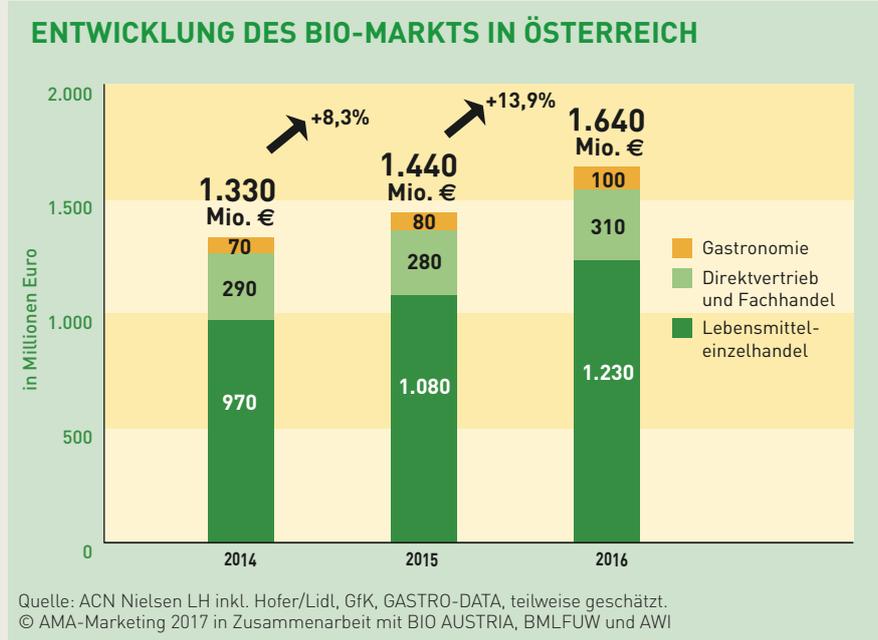
# Mit Bio die Landwirtschaft der Zukunft gestalten

Welche Rahmenbedingungen braucht die Entwicklung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion? Welchen Beitrag kann Bio leisten und wie muss sich Bio weiterentwickeln? Diese Fragen standen im Zentrum einer Strategie-diskussion, welche die deutschsprachigen Gründerverbände Bio Suisse, Bioland, Naturland und Bio Austria initiiert haben. Nach mehr als zweijähriger Diskussion wurden nun insgesamt 12 Schlussfolgerungen gezogen.

## NACHHALTIGER UMBAU NOTWENDIG

Aus Sicht der Verbände muss die Landwirtschaft zu einer gleichermaßen wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Landwirtschaft umgebaut werden. Einerseits kann die biologische Landwirtschaft diesen Umbau wesentlich mitgestalten, indem der Bio-Anteil ausgeweitet wird. Andererseits kann sie die generelle Ökologisierung durch ihre Vorbild-Funktion für die gesamte Landwirtschaft unterstützen. Dazu muss etwa Bio attraktiver gestaltet werden, indem unter anderem produktionstechnische Herausforderungen gelöst und gesellschaftliche Leistungen abgegolten bzw. Kostenvorteile geschaffen werden.

Zu den Schlüsselfaktoren gehören auch verstärkte Bildung über nachhaltige Landwirtschaft, ökologische Zusammenhänge und die Lebensmittelproduktion, sowie die Förderung von Innovationen unter sorgsamer Abschätzung der Folgen. Qualitätssicherung, Transparenz und Verbraucherkommunikation als wichtige Eckpfeiler



der Bio-Produktion müssen weiterentwickelt werden. Denn die Konsumentinnen und Konsumenten von Lebensmitteln sind die wichtigsten Partner der biologischen Landwirtschaft. Eine weitere zentrale Herausforderung ist die Etablierung einer wissenschaftlichen Bewertungsmethode für Nachhaltigkeit als notwendige Grundlage für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Landwirtschaft.

## GANZHEITLICHE SICHTWEISE ERFORDERLICH

Für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft der Landwirtschaft ist eine ganzheitliche Sichtweise notwendig: Landwirtschaft ist als Teil eines großen Lebensmittelsystems zu begreifen,

welches wiederum in ein einseitig auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem eingebettet ist. Nachhaltige Lösungen erfordern jedoch ein am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaftssystem und müssen Konsummuster und Verluste entlang der gesamten Wertschöpfungskette miteinbeziehen. Dabei muss immer gelten, dass nicht eine Region die Welt ernähren muss, sondern es den Regionen der Welt ermöglicht werden muss, sich selbst zu ernähren.

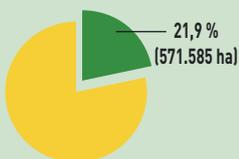
Diese Schlussfolgerungen bilden die Grundlage für die weitere Arbeit der Verbände, um den notwendigen Umbau voranzutreiben. Und zwar gemeinsam mit konventionellen Bäuerinnen und Bauern, Konsumentinnen und Konsumenten und anderen Akteuren entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Denn starke Allianzen sind ein Schlüssel zum Ziel, so die 12. und letzte Schlussfolgerung.

Retouren an BIO AUSTRIA, Theresianumgasse 11, 1040 Wien

## BIO-BAROMETER STAND: September 2017

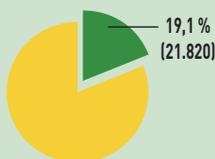
### BIO-FLÄCHE

Anteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche in Österreich, mit Almen und Bergmähdern (INVEKOS 2016)



### BIO-BETRIEBE

Anteil an allen Betrieben in Österreich, mit Almen und Bergmähdern (INVEKOS 2016)



### BIO-UMSATZ

Anteil im Lebensmitteleinzelhandel in Österreich, nur ausgewählte Warengruppen (RolLAMA, April 2016 – März 2017)

